

Melting Ruhrpott

In Duisburg erzielt die AfD Rekorde, während die Stahlindustrie tausende Stellen streicht. Osteuropäer werden als Arbeitskräfte gebraucht – und enden als Sündenböcke. Von **Lena Fiedler**



Ein grauer Vormittag in Duisburg-Hochfeld. In einem Park neben der Schnellstraße, gegenüber der Poco Domäne, steht eine Gruppe junger Männer. Der eine führt einen Dobermann an der Leine. Der andere lässt einen Joint rumgehen. Selbst für das Ruhrgebiet ist dieser Park trostlos. »Ich habe doppelt AfD gewählt«, sagt der junge Mann mit dem Joint. Er ist 26 Jahre alt und will seinen Namen nicht verraten. Wegen der Polizei. »Verstehst schon.« Obwohl er selbst 2014 aus Syrien nach Deutschland kam, geht ihm die »unkontrollierte« Einwanderung gegen den Strich. Besonders die Bulgaren und Rumänen, die seit 2014 vermehrt nach Duisburg ziehen, sieht er als Problem. Auch sein Kollege würde, wenn er könnte, AfD wählen, wegen der hohen Energiepreise. 240 Euro zahle er pro Monat. Was Ihnen in Duisburg gefalle? »Nix«, sagt der Mann mit dem Dobermann. Die anderen stimmen ein. »Ellbogengesellschaft ist das hier«, sagt der AfD-Wähler.

Mit ihrem Frust sind die Männer in Duisburg nicht allein. Mit ihrer Wahlentscheidung auch nicht. In Bezirken wie Hochfeld, Marxloh oder Neumühl holte die AfD bei der Bundestagswahl Spitzenergebnisse von bis zu 36 Prozent und schrammte im Norden der Stadt nur haarscharf an einem Direktmandat vorbei. Die rechten Wahlergebnisse sind auch die Folge eines langen wirtschaftlichen Abstiegs der Region. Denn Deutschlands ehemaliger industrieller Kraftort gehen die Jobs aus. 2018 schloss die letzte Zeche in Bottrop und jetzt schwächt auch die Stahlindustrie: ThyssenKrupp kündigte an, in Duisburg tausende Stellen abbauen zu wollen. Ein Ausflug nach Duisburg zeigt auf engstem Raum all jene Probleme,

deren Lösungen für ganz Deutschland entscheidend sind. Ganz unten kämpfen sie alle gegeneinander, anstatt sich gemeinsam für Verbesserungen einzusetzen – und die Politik feuert diesen Kampf, statt entgegenzusteuren.

Die Krise in der Stahlindustrie

Wer nie AfD wählen würde, ist Mirze Edis. Als der die Füße unter den Tisch seines Vaters stellte, sagt der – wie immer beim Abendbrot –, dass es mit dem Stahl zu Ende geht. Wie die Jungs aus dem Park hat auch Edis eine Migrationsgeschichte. Sein Vater kam 1975 von Anatolien nach Duisburg, um bei Thyssen zu arbeiten. Er wächst in Hochfeld auf, umgeben von Trinkhallen, Taubenzüchtern und dem Kegelverein. Als Edis 14 Jahre alt wird, sagt ihm sein Vater, dass er bei Thyssen anfangen hat – genauer bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann (HKM), heute Tochtergesellschaft von ThyssenKrupp. Obwohl Edis Zweifel hat, beginnt er direkt nach der zehnten Klasse die Ausbildung, wie so viele hier. »In den 70er Jahren kann ich mich nicht daran erinnern, dass es einen einzigen Arbeitslosen gab.« Heute ist Edis 53 Jahre alt und seine Welt ist eine andere. Die Arbeitslosenquote in Duisburg liegt im März 2025 bei 13,4 Prozent. Das ist eine der höchsten Quoten im Ruhrgebiet, nur übertroffen von Gelsenkirchen. Das Stahlgeschäft in Deutschland ist unsicher geworden. Gründe dafür sind die hohen Energiekosten, die schwache Nachfrage und die Konkurrenz aus Asien. Die Rohstahlproduktion in Deutschland sank 2023 auf 35,4 Millionen Tonnen, der niedrigste Wert seit der Finanzkrise 2009. Edis will gegen diese Entwicklung ankämpfen. Er arbeitet immer noch für die HKM, mittlerweile aber als freigestelltes Be-

Bei ThyssenKrupp in Duisburg brodelt der Stahl – doch in der Stadt fehlt es an Geld für eine Hausnummer.



13,4

Prozent der Duisburger sind im März 2025 arbeitslos.

triebsratsmitglied. Außerdem ist er für seine Partei Die Linke in den Bundestag gewählt worden.

Während Edis sich politisch engagiert, scheint für andere Widerstand nur noch an der Wahlurne möglich zu sein. Conrad Ziller ist Professor am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Wie erklärt er es sich, dass eine Gruppe junger Menschen mit Migrationshintergrund die AfD wählt? »Die hohe Arbeitslosigkeit ist eines der zentralen Probleme der Stadt, die weiterhin durch die Transformation zur Dienstleistungsgesellschaft bestimmt ist.« Gerade die ehemaligen Arbeiterviertel im Norden der Stadt haben sich zu benachteiligten Quartieren entwickelt. Hohe Arbeitslosigkeit und geringes Einkommen treffen dort auf niedrige Bildung und einen migrantischen Anteil in der Bevölkerung. Daraus entstehe Frust und ein Gefühl des Abgehängtseins. Eigentlich müssten die ehemaligen Arbeiterinnen und Arbeiter des Duisburger Nordens aus Eigeninteresse eine Umverteilungspartei wählen, wie die SPD oder die Linke, vielleicht auch das BSW, sagt Ziller. Sie müssen zusehen, dass sie mehr Netto vom Brutto haben, um vielleicht ein Stück weit in der sozialen Hierarchie aufsteigen können. Warum machen sie es nicht? »Der Zuwachs an Verbesserung durch eine mögliche linke Regierung ist aus Sicht vieler Betroffener zu gering«, sagt Ziller.

In Hochfeld ließ es sich leben

Das kann Edis bestätigen. An Hochfeld hat er gute Erinnerungen. Im Bezirk besaßen Thyssen und Siemens viele betriebseigene Wohnungen für die Arbeiterinnen. Und obwohl der Bezirk nicht wohlhabend war, gab es für Jugendliche ein Angebot. »Ich hatte mit den ganzen sozialen Einrichtungen, die es in Hochfeld gab, gar nicht die Möglichkeit, auf der schiefen Bahnen zu landen«, sagt Edis. Es gab ein Schwimmbad, fünf oder sechs Jugendzentren und eine Stadtteilbibliothek.



Im Gegensatz zu heute, war man als Sohn einer Einwandererfamilie im Ort noch eingebunden. Edis hatte zudem immer einen festen Job, der es ihm ermöglichte, sich politisch einzubringen. Einer Studie der Otto Brenner Stiftung zufolge hat die Erfahrung von Mitbestimmung am Arbeitsplatz das Potenzial, die politischen Einstellungen von Beschäftigten zu beeinflussen. Beschäftigte, die sich eingebunden fühlen, haben mehr Vertrauen in demokratische Prozesse und wählen seltener rechts. Doch wenn überall die Abstiegsangst lauert, dürfte auch dieser Effekt schwächer werden. Die sozialen Einrichtungen, die Edis beschreibt, scheint es heute auch nicht mehr zu geben. Wer heute durch Hochfeld läuft, hat schon Schwierigkeiten damit, ein Mittagessen zu finden. Von einem Jugendzentrum ganz zu schweigen.

Zum Glück gibt es noch Mevlana, einen der letzten Dönerläden im Ort, der seine Fleischspieße noch selbst macht. Trotz Fasten ist Osman Kuzuoglu bester Stimmung. Der 26-Jährige ist der älteste von vier Söhnen und hilft neben dem Studium im Restaurant seiner Eltern. An der Wand hängen Familienfotos. Eines von seinem Vater bei der Eröffnung des Ladens 1987. Auf dem anderen Bild ist Großvater und Namensvetter Osman Kuzuoglu, der aus der Türkei nach Deutschland kam, um in einer Kartonfabrik zu arbeiten. »Damals gab es keine türkischen Restaurants in der Gegend«, erzählt Kuzuoglu. So kam sein Vater auf die Idee, das Lokal zu eröffnen. Angst davor, dass der Laden nicht laufen würde, hatte er nicht. »Im schlimmsten Fall essen wir alleine«. Der Laden wurde ein Erfolg. Wie geht es den vier Brüdern heute in Hochfeld? Viele Leute seien weggezogen, erzählen sie, vor allem andre türkische Familien. »Früher war alles voller Türken«, stimmt Kuzuoglus jüngerer Bruder zu. Dafür seien viele Rumänen und Bulgaren eingezogen. Gegenüber vom Laden haben einige Familien gewohnt, erzählt Kuzuoglu. Probleme mit denen hätte er nicht gehabt. Aber

Osman Kuzuoglu macht seine Fleischspieße noch selbst. Seit 1987 gibt es den Dönerladen seiner türkischstämmigen Familie in Hochfeld.



der Müll sei ein Problem gewesen. Vor ihrer Tür vollzieht sich ein Generationenwechsel. Die erste Welle zugezogener, meist männlicher Arbeiter aus der Türkei wird durch eine neue ersetzt, die es allem Anschein nach noch schwerer hat als die erste.

Rumänen und Bulgaren sind die neuen Sündenböcke

Diese neuen Zugewanderten – kaum ein Gespräch in Duisburg, das ohne sie auskommt. Es sind Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Eine Studie der Universität Duisburg-Essen von 2024 schätzt, dass aktuell rund 26.000 von ihnen in Duisburg leben. Bei einer Gesambevölkerung von rund 500.000 Einwohnern entspricht das etwa 5,2 Prozent. In den Stadtteilen Marxloh und Hochfeld sind sie die größte Einwanderungsgruppe. Kaum ein Bericht über den Duisburger Norden kommt ohne dramatische Beschreibung der Konsequenzen aus: Müllberge, Sozialleistungsbetrug und Krawall. Duisburgs Oberbürgermeister Sören Link von der SPD sagte bei einer Flüchtlingskonferenz

2015: »Ich hätte gerne das Doppelte an Syrern, wenn ich dafür ein paar Osteuropäer abgeben könnte.«

Viele Leute, die bei Osman Kuzuoglu und seiner Familie essen gehen, arbeiten noch bei den HKM, auch viele seiner Freunde. »Ich kann die gar nicht alle zählen«, sagt Kuzuoglu. In seiner Biografie zeigt sich bereits die Veränderung, die dem Ruhrgebiet in Teilen noch bevorsteht, nämlich die Transformation in den Dienstleistungssektor. Schon als Kuzuoglu noch klein war und durch das Restaurant flitzte, kam David Gasse zum Essen vorbei. Er ist Betriebsratsmitglied bei den HKM und, wie er am Telefon verrät, »Genosse«, das heißt SPD-Mitglied. Die im Raum stehenden Stellenstreichungen machen ihm Angst. »Wir erleben eine richtige Niedergangsstimmung«, sagt er. Seiner Meinung nach sind die Kommunen mit Zuzug aus Rumänien und Bulgarien überfordert. »Es schürt Ängste und die Leute wollen wegziehen.« So komme es dann, dass selbst Kollegen mit Migrationshintergrund »nach unten treten«.

Und das, obwohl Studien zufolge die Beschäftigtenquote von Menschen aus Rumänien und Bulgarien hoch ist. Auch Conrad Ziller betont die positiven Effekte des Zuzugs. Eine Stadt wie Duisburg, die einen hohen Anteil von Subunternehmen hat, profitiere von der Einwanderung aus Rumänien und Bulgarien beispielsweise im Hafen, in der Stahlindustrie, in Logistik und im Bauwesen. Einer der Profiteure ist beispielsweise ThyssenKrupp, die in ihrem Duisburger Werk etwa 18 Prozent Leiharbeiternehmer beschäftigen. Die Leiharbeiter haben zwar häufig keine offiziell anerkannte Berufsausbildung, verfügen durch langjährige Erfahrung aber über ein informelles Wissen. Dass die Anstellung südosteuropäischer Arbeitnehmer und Arbeiter heute vor allem über Leiharbeit stattfindet, sieht Ziller allerdings kritisch. Durch eine Festanstellung im Unternehmen entstehen soziale Kontakte. Seit den 60er Jahren sei das eine praktische Integrationsmöglichkeit für ausländische Arbeitnehmende gewesen. »Das war identitätsbildend, vor allem über die Gewerkschaften und die SPD«, so Ziller.

Anzeige

Wie krank ist der deutsche Föderalismus? **Warum** soll die Schuldenbremse reformiert werden? **Wodurch** werden Krankenhäuser finanziert?



Podcast hören: lagedernation.org/

Antworten in der
Lage der Nation.

Deutschlands
größtem
Politik-Podcast.

Mit Philip Banse
und Ulf Buermeyer.

Erschwerend hinzu kommt, dass die südost-europäischen Arbeiter häufig befristet im Niedriglohnsektor eingesetzt werden. Gerade während der Covid-19-Pandemie wurden ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und gesundheitsgefährdende Praktiken innerhalb dieses Sektors bekannt, sei es in den Fleischfabriken von Tönnies in Rheda-Wiedenbrück oder bei Thyssen in Duisburg. 2022 starb dort Refat Süleyman, ein bulgarischer Leiharbeiter türkischer Abstammung, bei ThyssenKrupp während eines Arbeitseinsatzes. Er war als Aushilfs-Industriereiniger für das Subunternehmen Eleman GmbH tätig. Erst drei Tage später wurde seine Leiche in einem Schlackebecken gefunden. Ihn fanden keine Suchtrupps des Unternehmens, sondern ein bulgarischer Kollege.

Auch bei den HKM sind Leiharbeiter angestellt. Doch als Betriebsrat kann Gasse sie nicht vertreten, weil sie bei Subunternehmen angestellt sind. Doch auch er hat schon mitbekommen, dass die Sicherheitsstandards bei Subunternehmen nicht immer eingehalten werden. Beim Abriss einer mit Asbest verseuchten Halle sei ein Unternehmen beauftragt worden, das mit südosteuropäischen Arbeitern gekommen sei, die ohne entsprechende Sicherheitsausrüstung arbeiten wollten. Dieses Unternehmen sei nicht mehr angefragt worden, so Gasse. Das Problem der gesundheitsgefährdenden Leiharbeit bei Thyssen gibt es schon seit über 40 Jahren. 1985 veröffentlichte der Investigativjournalist Günther Wallraff das Buch *Tief unten*. Er hatte sich als türkischer Arbeiter ausgegeben und berichtete so über die Arbeitsbedingungen bei Thyssen. Schon damals mahnte er an, dass Leiharbeit dazu führe, dass sich Thyssen nicht verantwortlich für seine Arbeiter zeige. Seitdem hat sich nicht viel verändert, außer dass nicht mehr türkische, sondern jetzt südosteuropäische Arbeiter ums Leben kommen.



Duisburg verschärft mit der Räumung von Wohnungen das Elend

Wie geht es den Menschen, die unter solchen Bedingungen arbeiten müssen? Eine von ihnen ist Maria Popescu*. Um vier Uhr Nachmittag kommt sie mit ihrer Schwester, ihren Töchtern und einer Freundin in die Sozialberatung von Lena Wiese. Sie und ihr Team des Vereins für die solidarische Gesellschaft der Vielen bieten gleich eine Sozialberatung an. Maria Popescu kommt regelmäßig vorbei. Sie ist Roma und kommt ursprünglich aus Focșani, einer Stadt im Osten Rumäniens, und lebt seit 2022 in Duisburg, »in Hoffnung auf ein gutes Leben«. Ihre Freundin lacht bitter. Dieser Wunsch hat sich nicht eingelöst. Popescu steht jeden Tag um 4.30 Uhr auf, um an der niederrheinischen Grenze in einer Blumenfabrik zu arbeiten. Ein betriebseigener Bus hole die Arbeiterinnen aus Duisburg ab, fünf Tage die Woche. Sie wäscht, sortiert und bindet Schnittblumen, die dann am Ende in deutschen Supermärkten und Tankstellen verkauft werden. Die Kosten für den Bus werden ihr direkt vom Gehalt abgezogen, monatlich etwa 68 Euro. Nur ihre Vorgesetzten seien Deutsche, der Rest der etwa 150 Arbeiterinnen und Arbeiter sind Roma. Ihnen gebe man die schwere Arbeit, sagt Popescu. Für 25 Stunden die Woche bekomme sie am Ende des Monats etwa 500 Euro. Doch die harte Arbeit ist nicht Popescus größtes Problem. Ihre größte Angst ist es, nochmal von der Stadt geräumt zu werden. 2022 klingelten um neun Uhr morgens Mitarbeiter der Stadt, die ihr nach einer kurzen Prüfung mitteilten, sie und ihre Familie müssten die Wohnung unmittelbar verlassen, weil der Brandschutz im Haus nicht gewährleistet sei. Innerhalb von drei Stunden saß Popescu mit ihren beiden Töchtern auf der Straße. Ohne festen Wohnsitz in Duisburg verliert die Mut-



Rumäninnen wie Maria Popescu werden in Duisburg ausgebettet und zu Sündenböcken.

ter ihren Anspruch auf Sozialleistungen, außerdem wurden die beiden Mädchen aus der Schule abgemeldet. Ein Jahr sollte es dauern, bis die Familie eine neue Wohnung fand und die beiden Kinder wieder zur Schule gehen konnten.

Diese Räumungen haben System, sagt Lena Wiese vom Verein für die solidarische Gesellschaft der Vielen. Jeden Mittwoch um 9 Uhr ist Jour Fixe für die städtische »Taskforce Problemimmobilie«. Dann rückt ein Team aus Ordnungsamt, Polizei, Feuerwehr, aber auch dem Jobcenter und der Familienkasse an, um vor »akuter Gefahr für Leib und Leben« zu schützen. Mängel wie fehlender Brandschutz oder

Jobs in der Stahlindustrie:

**175.000
78.000**

(1990)

(2022)



»Durch eine migrationsfeindliche Partei erhoffen sich viele eine Aufwertung des eigenen Status«, sagt Politikwissenschaftler Conrad Ziller.

Über

600

Wohnungen wurden seit 2020 in Hochfeld geräumt.

offene Telefonkabel können reichen, um das Haus für unbewohnbar zu erklären und innerhalb von drei Stunden seine Bewohnerinnen und Bewohner wohnungslos zu machen. Die Betroffenen dieser Räumungen sind zum großen Teil Zugezogene aus Rumänien und Bulgarien, zumeist gehören sie der Minderheit der Rom*na an. Wiese und der Rest des Vereins dokumentieren die Hauseigentümern, seit sie auf das Problem aufmerksam geworden sind. Allein in Hochfeld wurden seit 2020 zwischen 600 und 700 Menschen durch die Taskforce ihren Wohnungen geräumt. Die meisten davon sind Kinder.

Lena Wiese und der Verein für die solidarische Gesellschaft der Vielen hilft da, wo die Stadt es nicht tut. Zwei Mitarbeiterinnen gehen mit Jugendlichen einen Kakao trinken, während Wiese die Sozialberatung anbietet. Was sagt sie zu dem Vorwurf, dass Menschen aus Rumänien und Bulgarien sich in Duisburg nicht integrieren? »Ich finde den Integrationsbegriff dämlich«, sagt Wiese. »Woher sollen die sich denn integrieren? In die AfD-Hochburg?« Ihr geht es darum, dass man den Bewohnerinnen und Bewohnern von Hochfeld wieder ein soziales Angebot macht. Dass es bezahlbare Räume gibt, in denen sich Menschen begegnen können. Und dass die Stadt den neu Zugezogenen ein Angebot macht, wie sie sich ein längerfristiges Leben in Duisburg aufbauen können, anstatt sie aus den Wohnungen zu werfen. Nur wer einen sicheren Job und eine sichere Wohnung hat, kann sich eine Perspektive aufbauen.

Auf der Straße werden Maria und Ana Popescu häufig angestarrt, wenn sie mit ihren Kindern unterwegs sind. »Die Leute reden über dich und schauen dir nach«. Ein Nachbar über ihnen habe regelmäßig Wassereimer aus dem Fenster geleert, wenn ihre Kinder draußen spielen. »Ich will keine Zigeuner sehen«, soll er gerufen haben. »Durch eine migrationsfeindliche Partei erhoffen sich viele eine Aufwertung des eigenen Status«, sagt Politikwissenschaftler Conrad Ziller.

Viele Arbeiter in Duisburg haben nicht nur Abstiegsängste, sondern fühlen sich auch in ihrem männlichen Selbstverständnis bedroht. Um das zu erklären, verweist Ziller auf die USA. In industriell geprägten Städten wie Chicago, Detroit oder Pittsburgh könne man ähnliche Entwicklungen sehen wie hier. »Die Söhne von zum Beispiel Latino-Familien haben es schwer, den Sprung in die Dienstleistungsgesellschaft zu schaffen, weil die Väter und Großväter alle schwere, körperliche Arbeit in der Kohlengrube, im Stahlwerk oder auf dem Bau gemacht haben«, sagt Ziller. Für die Nachkommen sei es schwer, anzuerkennen, dass der Job, aus dem sie ihre als männlich konstruierte Identität beziehe, nicht mehr da sei. »Das anzuerkennen, in den Dienstleistungssektor zu

gehen und Fenster zu putzen oder in einem Café zu bedienen, ist unheimlich schwierig, weil das im Konflikt steht mit den Männlichkeitsnormen der schweren industriellen Arbeit. Wenn die Identifikationsmöglichkeit mit dem schweren Beruf wegfällt, aber die soziale Norm der harten Arbeit noch da ist, muss ich mir was überlegen«, betont Ziller. In Duisburg sei die AfD besonders gut darin, junge, einsame Männer abzuholen. Wenn weitere Stellen abgebaut werden, verstärkt das soziale Problemlagen, wie Arbeitslosigkeit, Alkoholismus, Kinderarmut oder Kriminalität und andere soziale Konflikte. Ob daraus dann als Konsequenz folgt, dass Menschen Rechtspopulisten wählen, habe auch etwas mit der sozialen Infrastruktur zu tun – also mit dem, was Wiese und der Verein politisch fordern.

Was würde also vor allem dem Duisburger Norden helfen? Mirze Edis möchte eine verbindliche Zusage für den Erhalt der Arbeitsplätze bei den HKM. Trotz Milliardenverlusten schüttete ThyssenKrupp im letzten Jahr 90 Millionen Euro Dividende aus. Dieses Geld fehlt dem Unternehmen für den Umbau zur klimafreundlichen Produktion mit Wasserstoff. Edis fordert von den Gewerkschaften eine Solidarisierung mit den Beschäftigten in der Leiharbeit. Wenn die südosteuropäischen Arbeiter sichere Arbeitsbedingungen geboten bekommen, können sie langfristig in Duisburg eine Perspektive aufbauen. Dafür muss die Stadt Duisburg aufhören, Häuser zu räumen und anfangen, gerade im Norden der Stadt wieder ein Angebot aufzubauen, das allen nutzt – gerade weil der Norden der Stadt unter der De-industrialisierung am meisten leidet. ●

*Name von der Redaktion geändert

LENA FIEDLER ist freie Journalistin. Sie studierte Literatur, Theater und Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation. In ihren Texten geht es um die Folgen (digitaler) Transformationen und das Ruhrgebiet.